

2. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, mit Vertretern des westdeutschen Bundestages oder der westdeutschen Bundesregierung zu beraten mit dem Ziel, daß in Deutschland keine Raketenstützpunkte errichtet werden, deutsche Truppen nicht mit Kernwaffen ausgerüstet werden und Übungsflüge mit Atombomben über deutschem Territorium unterbleiben. Die Vertreter der DDR werden dabei Vorschlägen, daß beide deutsche Regierungen sich für einen Nichtangriffspakt zwischen den Vertragsstaaten des Warschauer Vertrages und den NATO-Staaten sowie für den schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen einsetzen.

3. Vertreter des Zentralkomitees der SED und Vertreter des Parteivorstandes der SPD nehmen Verbindung auf, um der Entspannung und Verständigung in Teilfragen den Weg zu bereiten. Zweck dieser Besprechungen könnte sein, sich über Maßnahmen gegen die Atomrüstung und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone zu konsultieren und die Einigung aller friedliebenden, demokratischen Kräfte zu fördern.

Die bisherigen Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus und die Überwindung der Widersprüche

Wenn man die Bilanz seit dem IV. Parteitag zieht, so kann man feststellen, daß unter Führung unserer Partei durch die Leistungen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und der anderen werktätigen Schichten alle entscheidenden Aufgaben erfüllt wurden. Selbst unsere erbittertsten Gegner können nicht umhin, den stetigen Aufstieg in der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen. Heute ist eine andere Lage als zur Zeit des IV. Parteitages. In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Ökonomik stabil und zeigt eine günstige Perspektive der Entwicklung, während sich in Westdeutschland die zyklische Wirtschaftskrise auszuwirken beginnt. Die NATO-Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands, insbesondere ihre Atomrüstung, hat dazu beigetragen, daß viele Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die früher an den Westen geglaubt haben, davon kuriert sind. Von der Bastion des Friedens blickt die Bevölkerung der DDR mit Sorge auf die Entwicklung des Militarismus in Westdeutschland und die zunehmende